

II-1010 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates
XIV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 580/13

1976-07-06

D r i n g l i c h e A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. BAUER, Dr. BUSEK, DDr. KÖNIG, Dr. BLENK,
Dr. KOHLMAIER

und Genossen

an den Bundesminister für Justiz

betreffend Konsequenzen aus der Bauring-Pleite

Das sich seit Jahren dahinziehende Debakel des Wiener Bauringes wird die Steuerzahler - soweit das bis jetzt abzusehen ist - rund 1,4 Milliarden Schilling kosten. An dieser bei weitem größten Pleite der 2. Republik hat der Wechsel im Amt des Wiener Bürgermeisters vor fast genau 3 Jahren überhaupt nichts geändert.

Im Zeitpunkt des Amtsantritts von Leopold Gratz wurde vielfach die Hoffnung geäußert, der neue Bürgermeister werde für Aufklärung der bereits damals mehr und mehr zutage tretenden Unzukömmlichkeiten um den Wiener Bauring sorgen. Manche Optimisten knüpften daran sogar die Hoffnung, die Wiener SPÖ unter Leopold Gratz werde sodann auch die erforderlichen Konsequenzen aus dem Debakel ziehen.

Davon kann bis heute keine Rede sein. Auch unter einem neuen Bürgermeister und unter einer neuen Geschäftsführung zeigte es sich, daß die sozialistische Stadtverwaltung unfähig ist, Wirtschaftsbetriebe zu führen. Der Bauring ist dafür übrigens keineswegs das erste Beispiel. Die Wiener Fleischwerke und die Wiener Hafenbetriebs-Gesellschaft sollen hier nur als

- 2 -

Beispiele einer langen Kette kommunaler Pleiten in Wien angeführt werden.

Auch nach Bekanntwerden des Bauring-Abenteuers in Saudi-Arabien gab es eine Reihe weiterer Fehlschläge, sowohl im Ausland wie auch im Inland. Die Sozialistische Partei hat es unterlassen, die sich daraus ergebenden Konsequenzen zu ziehen. Bürgermeister Gratz hat bis heute nichts getan, um den Vorsitzenden des Aufsichtsrates, den sozialistischen Wiener Klubobmann Reinhold Suttner, von seinem Posten zu entfernen. Auch der in eigener Sache schwer belastete Gemeinderat und Bauring-Aufsichtsrat Walter Hofstetter blieb ungeschoren in seinen Funktionen. Die teilweise Reprivatisierung des Bauringes erfolgte viel zu spät und erst zu einem Zeitpunkt, als selbst von sozialistischen Funktionären eine bevorstehende Zahlungsunfähigkeit des Bauringes in naher Zukunft vorausgesagt wurde.

Bürgermeister Gratz hat für dieses Paradebeispiel sozialistischer Mißwirtschaft seit Jahren nur schöne Worte und ein freundliches, unschuldiges Lächeln übrig. Der Parteivorsitzende der SPÖ und Bundeskanzler, Dr. Kreisky, fand dazu nur den schnoddrigen Satz, er könne sich schließlich nicht um jede Gemeinde kümmern. Und wenn nicht zuletzt als Folge derartiger Monster-Pleiten Tarif- und Steuererhöhungen auf die Bevölkerung zukommen, meint der Herr Bundeskanzler dazu, es handle sich ohnehin nur um ein paar Schillinge.

In Wien taumelt indessen eine versteinerte Sozialistische Partei von einer Pleite in die andere, jagt eine Tarifierhöhung die andere.

Völlig ungeklärt ist nach wie vor das Schicksal jener Provisionszahlungen von über 60 Millionen Schilling, die angeblich für Saudi-Arabien bestimmt waren, aber über ein Wiener Bankhaus nach Liechtenstein geflossen und dort versickert

- 3 -

sind. Der wahre Empfänger dieser gigantischen Beträge ist der Öffentlichkeit bisher ebenso unbekannt geblieben wie ihr Verwendungszweck. Mit Sicherheit steht nur fest, daß auch dieser Betrag nun vom Steuerzahler getragen werden muß.

Alle diese Vorgänge haben bisher innerhalb der Sozialistischen Partei zu keinerlei personellen Konsequenzen geführt. Auch die bisher gezogenen strafrechtlichen Konsequenzen sind mehr als dürftig. Zwar wurde bereits am 3. November 1975 die Anklage erhoben und zwar gegen die beiden ehemaligen Geschäftsführer des Bauringes, Roland Wawrowetz und Dipl.Ing.Dr.Hubert Zöllner sowie gegen Otto Brichacek und Ing. Günther Tropper. Eine Hauptverhandlung über die Anklage hat aber noch immer nicht stattgefunden, obwohl die Anklage bereits seit 15. Jänner 1976 rechtskräftig ist. Außerdem bezieht sich diese Anklageschrift nur auf einen kleinen Teil der bisher zutage getretenen Unzukömmlichkeiten.

Darüber hinaus hat der Bundesminister für Justiz am 16.3.1976 in Beantwortung einer Anfrage der Abgeordneten Dr.Bauer und Genossen mitgeteilt, daß noch folgende Strafverfahren im Bauringkomplex anhängig sind:

- "a) Strafsache gegen Roland WAWROWETZ, Dipl.Ing.Dr.Hubert ZÖLLNER, Otto BRICHACEK, Herbert URSPRUNGER, Josef FUCHS, Dr.Andreas BUSSE, Dr.Herbert BATLINER und Dr.Gerhard SCHÖBER, zur Klärung der Fakten "BEFICOR AG", "Bürgschaftsübernahme für Haus und Wohnungseigentums GesmbH" und "Provisionszahlungen im Zuge des Arabiengeschäftes des Bauringes Wien";
- b) Strafsache gegen unbekannte Täter an Bauring Wien GesmbH, insbesondere zur Klärung der Frage, ob ein strafbarer Tatbestand im Zusammenhang mit den von der Firma Bauring Wien GesmbH am Haus des Ing. Walter HOFSTETTER durchgeführten Bauarbeiten gegeben ist;
- c) Strafsache gegen Franz MARTINUZZI im Zusammenhang mit dem wirtschaftlichen Niedergang der Wohnungseigentumsgesellschaften "Wohnkomfort" und "Helios"."

- 4 -

Seit dieser Anfragebeantwortung des Bundesministers für Justiz sind - abgesehen von der Verhaftung des Architekten Herbert Ursprunger - keinerlei Fortschritte in den strafgerichtlichen Untersuchungen bekannt geworden.

Die gefertigten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Justiz folgende

A n f r a g e :

- 1) Wann ist endlich mit der öffentlichen Hauptverhandlung gegen die vier unter Anklage stehenden Personen zu rechnen ?
- 2) Wurden in den übrigen im Zusammenhang mit dem Bauring anhängigen Strafverfahren seit Ihrer Anfragebeantwortung vom 16.3.1976 irgendwelche Fortschritte erzielt ?
- 3) Haben die strafgerichtlichen Untersuchungen (Erhebungen beim Bankhaus Feichtner & Cö., Vernehmung des Obersenatsrates Dr. Josef Machtl) in der Zwischenzeit insbesondere zu einer Klärung des Sachverhaltes in der Frage der Provisionszahlungen geführt ?

Gemäß § 93 der Geschäftsordnung wird beantragt, diese Anfrage als dringlich zu behandeln und dem Erstunterzeichner Gelegenheit zur Begründung zu geben.